



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 50 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigen Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 6. bis 12. Februar 1916
ist die Beitragsmarke in das mit 6 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Frage der Beschäftigung von Frauen in Halbtagschichten.

Der Krieg und seine Folgeerscheinungen, die besonders erst nach Kriegsende in starkem Maße sich bemerkbar machen werden, ist Veranlassung, daß sich schon heute viele Gruppen, die mit Frauenarbeit zu rechnen haben, lebhaft mit der Frage beschäftigen: Wie finden die Kriegserwitwen Arbeit und Verdienst, ohne das Einzelberufe besonders überfüllt werden, und wie ist es möglich, diese Arbeitsmöglichkeiten so einzurichten, daß die Kinder nicht den ganzen Tag die Mutter entbehren müssen? Der nachfolgende Artikel beleuchtet diese Frage eingehend und zeigt auf, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, wenn an die praktische Durchführung der Frage herangegangen werden muß.

„Wenn Kriegserwitwen, die während ihrer Ehe keine oder nur vorübergehend Erwerbsarbeit verrichtet haben, gefragt werden, was sie nun zu tun gedenken, um sich durchs Leben zu bringen, so lautet die Antwort in den meisten Fällen: „Ich nehme mir Nahrung ins Haus“. Die Frauen denken also zunächst an Heimarbeit. Ein Teil will Aufwartestellen annehmen, aber fast immer wollen sie Arbeiten verrichten, die sie tagsüber höchstens nur einige Stunden vom Hause fernhalten. Wird den Frauen Übernahme anderer Beschäftigung in Fabriken, Werkstätten, Kontoren usw. angeraten, heißt es: „Wo lasse ich meine Kinder?“ Diesem Einwand gegenüber sind alle diejenigen machtlos, die versuchen, durch wohlgeleitete Rat das Eindringen der Kriegserwitwen in die sowieso schon überfüllten Berufe mit Heimarbeit zu verhindern.

Es ist in der Tat schwierig für Frauen, die Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben, Arbeit tagsüber außer dem Hause anzunehmen. Nur die wenigsten können die Kinder in dieser Zeit unterbringen, können dafür sorgen, daß diesen zur rechten Zeit ihr Essen gereicht und eine gewisse Aufsicht auf sie ausübt wird. Krippen, Kindergärten und Kinderhorte gibt es wohl in allen Städten, wenigstens in den großen und mittleren, sie reichen aber schon früher nicht aus, um alle Kinder aufzunehmen, deren Mütter tagsüber auf Arbeit waren. Wieviel weniger wird es jetzt der Fall sein, wo die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen sich um Laufende vermehrt hat und noch weiter vermehren wird.

Wieviele verheiratete Frauen bereits vor dem Kriege gearbeitet haben, ist nicht festzustellen. Die Berufsstatistik von 1907 weist in den drei Berufsabteilungen Industrie, Handel und Verkehr und Lohnarbeit wechselnder Art als hauptberuflich erwerbstätig von 3 366 203 weiblichen

Personen 763 838 verheiratete und 482 951 verwitwete und geschiedene Frauen, zusammen also 1 246 789 verheiratete oder verheiratet gewesene Frauen nach. (Die Landwirtschaft soll in unserer Betrachtung ganz ausschalten.) Will man die überhaupt erwerbstätigen verheirateten Frauen der Zahl nach feststellen, müßte man auch die als mithelfende Familienangehörige und als nebenberuflich erwerbstätige Frauen in der Statistik geführten weiblichen Personen der angegebenen Zahl hinzurechnen. Und selbst dann wird der Umfang der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht dargestellt sein, weil von diesen eine Anzahl ihre Erwerbsarbeit bei der Zählung verheimlicht haben. Einige taten dies aus falscher Scham, andere wieder, weil sie fürchteten, bei Angabe zur Steuer herangezogen zu werden.

Seit 1907 haben sich nun die Verhältnisse derartig verändert, daß bis zum Kriegsausbruch eine ganze Anzahl mehr verheiratete Frauen berufstätig waren als bei Veranstaltung der letzten amtlichen Zählung. Während des Krieges hat diese Zahl außerdem erheblich zugenommen. Man denke nur an alle die Frauen, die als Angehörige von Kriegsteilnehmern nun zum Hinzuerbienen gezwungen waren. Auch Frauen aus Familien, deren Einkommen durch den Krieg geschmälert wurde oder das infolge des hohen Preises sämtlicher Bedarfsartikel zur Befreiung des Unterhalts nicht mehr ausreichte, mußten nun Erwerbsgelegenheit suchen. Ein Teil wird zwar bei Wiedereintreten normaler Verhältnisse aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Ein großer Teil aber wird dauernd darin verbleiben wollen, vor allen Dingen eine große Anzahl von Kriegserwitwen. Von diesen haben die Mehrzahl Kinder zu versorgen. Deshalb liegt die Gefahr nahe, daß die Berufe, die Heimarbeit ermöglichen, geradezu überlaufen werden und sich dort noch in weit höherem Maße Schäden herausbilden, als sowieso schon in der Heimarbeit vorhanden sind.

Diese Gefahr ist um so größer, als die Kriegserwitwen über ein bestimmtes Einkommen durch ihre Rente verfügen. Die Witwe eines Kriegsteilnehmers im Range eines gemeinen Soldaten erhält eine Rente im Betrage von wöchentlich zirka 8 Mk. Hat sie ein Kind, erhöht sich der Betrag auf ungefähr 11 Mk., bei zwei Kindern auf 14 Mk., bei drei Kindern auf 17 Mk. und bei vier Kindern auf 21 Mk. pro Woche. Das sind Beträge, mit denen immer schon etwas anzufangen ist. Kriegserwitwen werden also in der Regel nur darauf sehen brauchen, etwas zur Rente hinzuverdiener. Der Kinder wegen werden sie dies auch nur wollen. Gelegenheit hierzu bietet sich am besten in der Heimarbeit, die ihnen keinen Arbeitsanfang und Arbeitschluß, auch nicht die Anzahl der Arbeitsstunden vorschreibt, in der sie tätig sein müssen. Nicht immer, aber in der Regel mehr als jeder andere Beruf, ermöglicht Heimarbeit die Beschäftigung von nur wenigen Stunden am Tage. Allerdings ist dann auch der Verdienst nur ein geringer. Darauf aber gehen Frauen mit Familie und einem festen Einkommen, wie es z. B. die Rente gibt, gern ein, wenn sie

nur Zeit und Gelegenheit gewinnen, sich ihrem Haushalt und den Kindern widmen zu können.

Durch Arbeit außerhalb des Hauses in Werkstätten oder Fabriken usw. ist die Gelegenheit hierzu stark eingeschränkt. Sie ließe sich beschaffen durch Beschränkung der Arbeitszeit, beispielsweise durch Einführung von Halbtagschichten. Dadurch könnte ständig oder abwechselnd einer Anzahl Frauen die Hälfte der regulären Arbeitszeit zur Erledigung der häuslichen Arbeiten freigestellt werden. Freilich würden diese Frauen auch nur die Hälfte dessen verdienen können, was andere Arbeiterinnen erreichen. Deshalb könnten Halbtagschichten auch nur für Frauen in Frage kommen, die nur etwas hinzuzuerbienen brauchen, wie z. B. viele Kriegserwitwen. Gesehlich eine Halbtagsbeschäftigung für alle verheirateten Frauen einzuführen, wäre ebenso unmöglich, wie ein Verbot der Fabrik- oder Werkstattdarbeit für diese. Es gibt eben zu viele Frauen, die vollständig auf ihren Verdienst angewiesen sind. Würde diesen die Möglichkeit vollen Erwerbes durch Begrenzung der Arbeit für verheiratete Frauen auf halbe Tage genommen werden, bliebe ihnen nichts anderes übrig, als gänzlich oder als Nebenberuf Beschäftigung in der Heimarbeit zu suchen. Auf dem Wege freier Vereinbarung ließe sich dagegen Halbtagsarbeit einführen.

Es gibt eine ganze Reihe Berufe, wo ein Arbeiter sehr gut den anderen in der Arbeit ablösen kann. Es geschieht dies bereits in Betrieben mit ununterbrochenem Tag- und Nachtdienstbetrieb. Dort muß eine schichtweise Ablösung erfolgen. Allerdings führen in diesen Betrieben die Arbeiter fast ausnahmslos Klage über zu lange Arbeitszeit. Die dreimalige Achtstundenschicht legt den Unternehmern, wie sie behaupten, größere Lasten auf. Deshalb begegnet ihre Einführung in durchgehend beschäftigten Betrieben großen Schwierigkeiten. Aus den gleichen Gründen werden auch Halbtagschichten für Frauen von den Unternehmern abgelehnt werden.

Auch für die Arbeiter können diese nun sehr leicht schädigende Folgen haben von weit höherer Bedeutung als für die Unternehmer. Halbtagschichten können leicht zur Verlängerung des Arbeitstages führen, zum mindesten können sie seiner Verkürzung hinderlich sein. Ferner ist damit zu rechnen, daß sie den Wert der Ruhepausen dadurch beseitigen, daß eine Anzahl Personen während dieser Zeit arbeiten. Auch den anderen ist dann die Erholung genommen, die ihnen die Pausen bringen sollen. Weiter würde die Arbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten erheblich vermehrt werden, allein schon durch die Zunahme der Zahl erwerbstätiger Personen in Kontrollpflichtigen Betrieben. Es fragt sich aber doch, ob angesichts der Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen nicht versucht werden sollte, der Einführung von Halbtagschichten — nicht der gesetzlichen für alle verheirateten Frauen, sondern der auf freier Vereinbarung mit Unternehmern beruhenden — das Wort zu reden.

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kann

dadurch erschwert werden. Er wird aber auch erschwert durch das Hineinströmen der Frauen in die Heimarbeit. Schon jetzt bemühen sich zahlreiche Personen um die Verlegung von Werkstattarbeit in die Häuslichkeit der Arbeiterschaft. Selbst in vom Verkehr entfernt liegende Gebiete. Es geschieht dies namentlich in der Absicht, Kriegswitwen Gelegenheit zu Verdienst zu geben. Auch hierdurch wird das Streben der Arbeiterschaft nach besseren Arbeitsbedingungen stark gehemmt werden.

Aber selbst vermehrte Heimarbeit kann nicht alle Arbeitskräfte aufnehmen, die aus irgendeinem Grunde Arbeit während des ganzen Tages außerhalb des Hauses vermeiden wollen oder nicht ausüben können, wollen sie nicht an anderer Stelle Schaden anrichten. Dies geschieht aber, wo Frauen die Kinder vernachlässigen müssen. Verzichteten solche Frauen, sobald sie nur überhaupt ein Einkommen haben, aus diesem Grunde gänzlich auf Uebernahme von Erwerbsarbeit, so ist aber weder den betreffenden Familien noch der Volkswirtschaft damit gedient.

Die Frage der Einführung von Halbtagsfrachten ist deshalb nach verschiedenen Richtungen hin für die organisierte Arbeiterschaft von großem Interesse. Sie zeigt unter anderem, wie vielseitig das Problem der Frauenerwerbsarbeit ist, das nur gelöst werden kann, wenn ihre Bedeutung von der Gesamtarbeiterschaft richtig gewürdigt wird. Den Arbeiterinnen aber sollte sie zeigen, wie innig verknüpft alle sie speziell angehende Dinge mit den die gesamte Arbeiterschaft berührenden Fragen sind, und daß sie deshalb alle Ursache haben, sich in den Rahmen einzufügen, der geschaffen ist, um der arbeitenden Bevölkerung vor den Schäden des Wirtschaftslebens Schutz zu gewähren: der gewerkschaftlichen Organisation.

25 Jahre „Correspondenzblatt“

Zwei Monate nach dem 25jährigen Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands kann auch das Correspondenzblatt der Generalkommission auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Ein Festgewand hat das Correspondenzblatt nicht angelegt, aber die Nr. 4 ist inhaltlich eine Fest- und Gedenschrift. In 5 Artikeln wird von Paul Umbreit, Carl Legien, Rudolf Wissell, Gertrud Hanna und Wilhelm Jansson in eingehender Weise die Ursache der Gründung, die wachsenden Aufgaben, die Entwicklung des Correspondenzblattes geschildert. Umbreit gibt einen Gesamtüberblick in bekannter klarer Form, bei Legien's Schilderung über die ersten Kampfsjahre, die das Blatt durchzumachen hatte, wird so manche alte Erinnerung wachgerufen, wenn wir folgende Stelle lesen:

Die Konferenz der Vorstände vom 7. September 1891 in Halberstadt, die zuerst einen Arbeitsplan für die Generalkommission aufstellte, beschloß:

„Jede zentralisierte Gewerkschaft hat an die „G.-R.“ einen bestimmten Beitrag von 3 Pf. pro Mitglied und Quartal zu leisten.

Aus dieser Einnahme der „G.-R.“ sind die Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für das „Correspondenzblatt“ zu decken. Der Uebereschuß ist zu Agitationszwecken und Ansammlung eines Unterstützungsfonds zu verwenden.“

Damit hatte eine zuständige Körperschaft die Herausgabe des Blattes gebilligt.

Nichtabestoweniger fanden sich auf dem ersten Gewerkschaftskongreß 1892 in Halberstadt Delegierte, die gegen das „Correspondenzblatt“ Sturm liefen. So ziemlich alles, was die Generalkommission bis dahin getan hatte, war nicht gut, warum sollte ihr Blättchen als tauglich und notwendig anerkannt werden? Der eine Delegierte behauptete, daß es genügend wäre, wenn die Generalkommission ihre Veröffentlichungen in Büchsenabzügen der Presse zugesandt hätte. Es wären dann 1000 Mk. erspart worden. Ein anderer hielt die 26 Mk., die jede Nummer gekostet hatte, für nutzlos verwandtes Geld. Doch es fanden sich auch Verteidiger für das Blatt. Der Vertreter der Buchdrucker aus Flensburg rief in den Kongreß: „Warum sollte sich die Generalkommission, wenn jede Gewerkschaft ihr Organ hat, sich nicht ein

solches Blättchen leisten?“ Dabei schwenkte er das geistige Rüstzeug der Generalkommission demonstrativ vor den Augen der Delegierten.

Der Gewerkschaftskongreß folgte nicht den Mißgestimmten. Er beschloß, daß die Generalkommission neben den anderen Aufgaben auch die habe:

„Ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Versendung an deren Abstellstellen zuzusenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat.“

Damit war zwar nicht der Umfang des „Correspondenzblattes“, wohl aber sein Verbreitungsgebiet wesentlich erweitert. Die Auflage, die bisher 400 Exemplare war, stieg auf 4000.

Und es war gut so. Es zeigten sich Erscheinungen, die nicht erwartet werden konnten. Ein Teil der politischen Arbeiterpresse, darunter auch der „Vorwärts“, nahm zu dem Gewerkschaftskongreß eine nichts weniger als freundliche oder fördernde Haltung ein. Am Schluß eines Artikels in Nr. 75 des „Vorwärts“ von 1892 wird über den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, nur die Zentralorganisation anzuerkennen, gesagt:

„Nun ist freilich der Fehler gemacht und der Froschmäuselkrieg: ob Zentralverband oder Lokalorganisation? wird in den nächsten Monaten in mancher Versammlung weiter toben.“

Die Gewerkschaften saßen diesen Beschluß etwas anders auf. Die weitere Entwicklung der Organisation hat auch gezeigt, daß er erst den Boden für eine einheitliche, entwicklungsfähige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geschaffen hat. In wie leichtfertiger Art die Vorschläge der Generalkommission und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses kritisiert wurden, zeigt folgender auf die Gewerkschaftspresse bezughabender Auszug aus dem Leitartikel der Nr. 61 des „Vorwärts“ von 1892:

„Ein ganz unmöglicher Plan ist auch der, für alle in der „Union“ vereinigten Verufe ein einziges Zentralorgan mit besonderen Beilagen für die einzelnen Gewerke herauszugeben. Da wir annehmen, daß dieser Plan von seinen Vätern selbst schon aufgegeben ist und in Halberstadt kaum mehr ernsthaft in Vorschlag gebracht werden wird, so wollen wir uns über denselben nicht weiter auslassen. Die Undurchführbarkeit desselben liegt ja klar zutage.“

Den Plan der Gründung eines solchen Blattes betrachten wir für einen Vorschlag, der ernsthaft gar nicht erörtert werden kann, und wir glauben auch nicht daran, daß es möglich sein wird, die Agitation für die verschiedenen Gewerkschaften von einer Stelle aus zu organisieren und zu leiten. Wir wollen der Generalkommission nicht nahe treten. Im Gegenteil, wir erkennen gern an, daß sie in ihren einzelnen Mitgliedern wie auch in ihrer Gesamtheit bestrebt gewesen ist, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, die Organisationen zu heben und in den Lohnkämpfen das Unterstützungswesen zu regeln. Aber daß die Erfolge der Generalkommission mit deren Bemühungen gleichen Schritt gehalten hätten, das werden die Mitglieder der Kommission am allertwenigsten behaupten. Wir sind bisher dem Eindruck nicht losgekommen, daß die Generalkommission ein Generalkab ohne Armee ist, und wir fürchten, daß das auch nach dem Halberstädter Kongreß noch der Fall sein wird.“

Es ist anders gekommen, als vorstehend prophezeit wurde! Nicht nur die einheitliche Form der Zentralorganisation wurde erreicht, sondern die Generalkommission hatte sehr bald die Freude, eine immer stärker anwachsende Armee zählen zu können, die bis Kriegsausbruch mehr als 2 Millionen Mitglieder betrug. Wir wollen nur noch darauf hinweisen, daß der Artikel von R. Wissell über „Correspondenzblatt und Arbeiterrecht“, der Artikel von Gertrud Hanna „Correspondenzblatt und Arbeiterinnenorganisation“ zeigen, wie belehrend und fördernd das „Correspondenzblatt“ in diesen Fragen gewirkt

hat, und wie notwendig die Errichtung des Zentralarbeiter-Sekretariats, der Sozialpolitischen Abteilung und des Arbeiterinnen-Sekretariats gewesen ist. Für die Arbeiterinnen ist nach 25 Jahren eine eigene gewerkschaftliche Frauenzeitung gegründet worden; die besondere Propaganda in den zu gewinnenden Kreisen konnte in den Rahmen des Correspondenzblattes nicht eingefügt werden, seine Zeilen und belehrenden Artikel sind ja in erster Linie für die leitenden Gewerkschaftskreise bestimmt. Aber auch Genosse R. Wissell hält den Rahmen des Correspondenzblattes für zu eng, er möchte nach dem Kriege ein eigenes Organ für die Frage des Arbeiterrechts haben, denn gar mannigfaltig und für die Arbeiterschaft äußerst wichtig ist die Aufklärung über alle Fragen, die im Sammelnamen „Arbeiterrecht“ ihre Bezeichnung finden, wobei Miets-, Kauf-, Vertrags-, Prozeßrecht usw. verstanden werden muß. B. Jansson schildert dann in seinem Artikel das „Correspondenzblatt“ und das Ausland, wie schon in den allerersten Jahren nach Gründung des Correspondenzblattes die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes lebhaft besprochen wurde, wie Einrichtungen, die als praktisch erkannt worden waren, auch für die deutsche Bewegung empfohlen wurden. Ueber die internationale Solidarität der deutschen Gewerkschaften konnte das Correspondenzblatt schon 1892 berichten, schon damals stand Deutschland mit seiner materiellen Hilfeleistung an erster Stelle. Interessant sind die Zahlen, die als Ergebnis einer Sammlung öffentlich quittiert wurden. Es war beim Wiener Buchdruckerfreist 1892, als England für Unterstützung 1343,81 Mk. aufbrachte, Frankreich brachte 678,60 Mk. zusammen, Italien 1001 Mk., Rußland 32,76 Mk. und Deutschland 43 197,98 Mk. Diese vorbildliche Hilfeleistung blieb auch in Zukunft deutsche Eigenart! Und mit dem Wachsen der Gewerkschaften und ihrer zunehmenden Bedeutung wurde auch der übergroße Anteil an Arbeit für die internationale Gewerkschaftsbewegung den deutschen Gewerkschaftsführern übertragen.

So reiht sich Tatsache an Tatsache, die Zeugnis ablegen von fleißiger, erfolgreicher Arbeit für die Gewerkschaftsbewegung.

Wir wünschen daher zum 25jährigen Bestehen des Correspondenzblattes, daß es dem leitenden Redakteur Paul Umbreit noch viele Jahre vergönnt ist, im Interesse der Gewerkschaftsbewegung sein Amt auszufüllen, und daß tüchtige Mitarbeiter nach wie vor ihm treue Helfer sein mögen. Nach dem Kriege brauchen wir tüchtige Streiter und wir sind stolz darauf, zu wissen, daß die rechten Männer am richtigen Platze stehen.

Preiserhöhungen für Kartoffeln und Gemüse.

Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags.

IK. Für zwei wichtige Nahrungsmittel, die für die ärmere Bevölkerung heute mehr denn je von großer Bedeutung sind, für Kartoffeln und Gemüse, haben wir leider wieder mit einer Preiserhöhung zu rechnen. Wie durch die Verhandlungen im Reichstag schon bekannt geworden ist, sowie auch in Erörterungen der Tagespresse, war es der Reichskartoffelstelle nicht möglich, die notwendigen Mengen Kartoffeln den Städten zur Verfügung zu stellen. Die Organisation hat hier vollständig versagt, oder richtiger, die Organisation der Reichskartoffelstelle hat im Lande nicht die nötige Unterstützung gefunden, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Das ist umso eigentümlicher, wenn man berücksichtigt, daß wir eine Kartoffelernte von mindestens 50 bis 52 Millionen Tonnen zu verzeichnen haben, aus der für die menschliche Nahrung nur ein Bedarf von rund 12 Millionen Tonnen zu bedenken ist. Von diesen 12 Millionen Tonnen Verbrauch scheidet aber der eigene Verbrauch der Landwirte aus, da sie ihren Bedarf allein decken. Es bleiben im Höchstfall für die städtische Bevölkerung etwa 8 Millionen Tonnen übrig. Das ganze jämmerliche der Organisation in der Kartoffelversorgung tritt uns entgegen, wenn man erwägt, daß es nicht möglich gewesen ist, von einem Bestand von 50 bis 52 Millionen Tonnen, 8 Millionen Tonnen, die heute auch noch nicht voll gebraucht werden, da es sich hier um die Berechnung

des Bedarfes bis zur nächsten Ernte handelt, für die menschliche Ernährung sicher zu stellen.

Wie nun berichtet wird, haben in einer Tagung der Landwirtschaftskammern diese Korporationen sich bereit erklärt, die Kartoffelversorgung sicher zu stellen, aber das Begehren gestellt, die Preise zu erhöhen. Die preussische Regierung will auf dieses Anerbieten eingehen. Es erscheint aber fraglich, ob die Versorgung das Wichtigste der Aufgabe der Landwirtschaftskammer war, oder die Erlangung höherer Preise. Die Preis-erhöhung wird damit begründet, daß in diesem Jahre die Kartoffeln wenig haltbar sind und deshalb die Landwirte große Verluste zu tragen haben. Demgegenüber wäre hervorzuheben, daß unter normalen Verhältnissen in Rücksicht auf die immerhin schon sehr hohen Preise diese Verluste auch getragen werden müssen. Die Verluste sind schon reichlich gedeckt durch die weit über die Durchschnittspreise der Vorjahre gehenden Höchstpreise. Die Höchstpreise stehen gegenwärtig 10 bis 15 Mark pro Tonne über dem normalen Preis der letzten Jahre. Wie die Regierung diese Maßnahme begründen will, ist unklar. Insbesondere wenn man bedenkt, daß im Dezember v. J. wiederholt von Regierungsstellen erklärt wurde: die Landwirte haben nicht damit zu rechnen, daß wie im Vorjahre Zuschläge zu den Kartoffelpreisen gewährt werden. Das Zurückhalten der Kartoffeln in der Hoffnung, höhere Preise zu erhalten, sei deshalb zwecklos. Es würden also mithin diejenigen, die auf die Erklärung der Regierung keinen Wert gelegt haben und sich mehr auf den Einfluß ihrer agrarischen Freunde gestützt haben, Recht behalten. Ihre Zurückhaltung in der Kartoffelabgabe wird belohnt durch höhere Preise, diejenigen, die der Erklärung der Regierung Glauben beimäßen, sind die Benachteiligten; denn sie gaben die Kartoffeln zu den geltenden Höchstpreisen ab.

Das Unbegründete dieser Anforderung erhellt auch daraus, daß in der Budgetkommission des Reichstages im Dezember v. J. von landwirtschaftlichen Vertretern offen erklärt wurde: die Preise für Kartoffeln seien zwar nicht hoch, aber doch so, daß die Landwirtschaft damit auskommen könne, und schließlich müsse die Landwirtschaft im Interesse der Volksernährung von höheren Ansprüchen absehen. Man muß sich fragen, wird die Preis-erhöhung für Kartoffeln überhaupt den Zweck erfüllen, den man hofft damit zu verbinden; daß der Markt mehr beschickt wird? Oder wird nicht im Gegensatz auf neue die Hoffnung belebt, wenn die Kartoffeln noch einige Zeit zurückgehalten werden, wird abermals die Regierung gezwungen werden, die Preise zu erhöhen? Zu unserm großen Bedauern wird in der Höchstpreispolitik von der Regierung immer wieder der verkehrte Standpunkt eingenommen, durch hohe Preise die Marktlage zu bessern, während bei einem Produkt, das wir genügend zur Verfügung haben, es sich nur darum handelt, mit dem Höchstpreis die Beschlagnahme, oder wie es in der Bundesratsverordnung heißt, den Abgabezwang strikte durchzuführen. Geschieht das, so ist die Kartoffelversorgung durchaus gelöst. Das Heraufsetzen der Preise bringt uns weder Erleichterung auf dem Kartoffelmarkt, noch ist die Maßnahme berechtigt; denn jede Preis-erhöhung beschwert den heute schon sehr belastenden Haushalt der ärmeren Familie.

Zu den Erhöhungen der Kartoffelpreise gestellt sich als zweite Maßnahme die Erhöhung der Gemüsepreise. Die Preise werden erhöht, bevor die Höchstpreise der Bundesratsverordnung im Kleinhandel überhaupt durchgeführt sind. Die Gemeindeverwaltungen der Großstädte haben die Preise für zu niedrig gehalten und deshalb von dem Recht, Höchstpreise festzusetzen, keinen Gebrauch gemacht. Von den Händlern ist von Anfang an stark gegen die Höchstpreis-Einstellung genommen und sie sind von den Produzenten dabei eifrig unterstützt worden. Es ist bekannt geworden, daß sehr viele Händler in dem Augenblick, wo die Höchstpreise bekannt gegeben wurden, ihre Kaufabschlüsse rückgängig machten, obwohl dafür kein Anlaß vorlag. Denn die Höchstpreise griffen auch auf laufende Verträge ein. Diese Manipulation geschah nur zu dem Zweck, um den Eindruck zu erwecken, mit diesen Höchstpreisen kann der Markt

nicht beschickt werden. Sodann wurde mit sehr viel Lärm auseinandergesetzt, daß das ausländische Gemüse unter diese Höchstpreise nicht gestellt werden könnte, weil es im Ausland erheblich teurer eingekauft werden müßte. Bemerkenswert ist, daß bei der sehr günstigen Ernte für Weiß- und Rotkohl im Inland auf einmal in der Berliner Markthalle ein außerordentlich geringes Angebot inländischer Ware in der Erscheinung trat. Das Angebot war so gering, daß in den Marktnotierungen am 11., 12. und 13. Januar für inländische Weißkohl keine Preisnotierungen gemacht werden konnten. Nur ausländischer Kohl war im Preise von 6 bis 7,50 Mk. pro Zentner zu haben. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß sich in der Berliner Markthalle der Kohl schnell zum ausländischen umgewandelt hat. Bemerkenswert ist aber, daß die in den letzten Tagen wieder bekanntgegebenen Notierungen für inländischen Weißkohl von 6,50 bis 7,50 Mk. der Zentner schwanken. Da wir für inländischen Kohl einen Produzentenpreis von 2,50 Mk. haben, der Großhandel also den Zentner Weißkohl für 2,50 Mk. ab Verladestation eingekauft hat, so bleibt ihm für jeden Zentner ein Betrag von 4 bis 5 Mark zur Deckung der Spesen und seines Gewinns. Der Großhandel hat selbst vor einiger Zeit für Berlin einen Aufschlag zu dem Produzentenpreis von 1,75 Mk. für genügend erachtet. Es ergibt sich also nach diesen Preisnotierungen ein Zuschlag vom Großhandel, der unerhört hoch bezeichnet werden muß. Berücksichtigt man die Preise, die zu Friedenszeiten gezahlt wurden für Weißkohl, so ergibt sich, daß in Friedenszeiten im Handel der Aufschlag, den der Großhandel heute im Betrage von 4 bis 5 Mk. beansprucht, nie als Großhandelspreis für das Gesamtprodukt in Erscheinung getreten ist. Alle diese Manipulationen geschehen, ohne daß die Berliner Stadtverwaltung sich gemüht sieht, dem Unwesen zu steuern, und auch die Preisprüfungsstelle versagt gegenüber diesem Unfug vollständig. Die Regierung ist aber bereits von den Händlern, den städtischen Verwaltungen und Produzenten so bearbeitet, daß sie sich, wie es heißt, der Erkenntnis nicht entziehen kann, daß die Preise zu niedrig sind. So stehen wir vor einer Höchstpreispolitik, die das Aufwärts im Handel mitmacht. Der Konsument, in dessen Interesse die Höchstpreise eigentlich wirken sollten, verspürt von der preisbrüden Tendenz nichts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen Höchstpreise gegenüber den Preisen unter normalen Verhältnissen um 100 Proz. höher sind. Und trotzdem weitere Erhöhungen. Daß die Bevölkerung, die in Aussicht genommene Maßnahme nicht als notwendig anerkennen wird, können wir der Regierung heute schon sagen. Die Unzufriedenheit über die Preistreibelei auf dem Lebensmittelmarkt ist so stark in der Bevölkerung verbreitet, daß die Regierung allen Anlaß hätte, nicht durch unbegründete Preis-erhöhung die Unzufriedenheit noch mehr zu steigern.

Karl Rnie gestorben!

Am 26. Januar ist in Stuttgart, 64 Jahre alt, Karl Rnie nach mehrjährigem Leiden gestorben. Der Verstorbene war viele Jahre Gauvorsteher und Gehilfenleitervertreter; für den Buchdruckerverband hat er unermüdet gearbeitet und geschafft, bis ihn eine schwere Krankheit zwang, seine wertvolle Mitarbeit einzustellen.

Auch wir Hilfsarbeiter des Buchdruckerwesens verlieren in dem Verstorbenen einen allzeit hilfsbereiten Berater und Förderer unserer Organisations- und Tariffrage, der besonders in den Anfangen unserer Tarifvereinbarung uns mit Rat und Tat gern zur Seite stand.

In den Tarifkämpfen, die hilflosseitig in den neunziger Jahren durchzuführen waren, und auch später hatte Karl Rnie schwere Zeiten, für den Verband aber hat er wertvolle Arbeit geleistet. An Auseinandersetzungen vieler Art, besonders aber aus nicht beruflichen Kreisen, hat es auch ihm nicht gefehlt. Der Verstorbene ist überall mit vollster Entschiedenheit für die Tariffrage eingetreten, er war ein guter und kluger Verteidiger des Verbandes und seiner Tarifpolitik.

In dieser Zeit des großen Sterbens trifft jeder Verlust doppelt schwer, und wenn der Ver-

storbene auch in den letzten Jahren nicht mehr mit schaffen konnte, so konnte er doch noch manchen guten Rat erteilen. Nun hat ihn der Tod von langem Leiden befreit, seinem Leben ist ein Ziel gesetzt, aber der Geist, mit welchem er seine Arbeit für die gute Sache erfüllte, ist unvergänglich, denn seine Nachfolger arbeiten in seinem Sinne weiter. Auch wir bewahren Karl Rnie ein ehrenvolles Andenken, denn er war nicht nur ein pflichtgetreuer, sondern allzeit ein vorbildlicher Führer.

Korrespondenzen

Ausgang. Generalversammlung vom 22. Januar 1916. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Barth erstattete, war zu entnehmen, daß die Geschäfte der Zahlstelle in 5 Verwaltungen, 5 außerordentlichen, 8 kombinierten und 16 sonstigen Sitzungen, ferner in 10 Geschäfts- und 2 Mitglieder-Veranstaltungen erledigt wurden. Die Feuerungszulagen bei der Firma Burger, die auf unsere Eingabe gewährt wurden, betragen für männliche Kollegen 1 Mk. bis 2,50 Mk. und für weibliche Kollegen 60 Pf. bis 1.— Mk. pro Woche; die Firma Aubele gewährte ihren Einlegerinnen ebenfalls 50 Pf. pro Woche. Die übrigen Firmen gaben mit dem Hinweis auf die schlechte Geschäftslage unserer Eingabe nicht statt. Aus dem Kassensbericht war zu entnehmen: Einnahmen der Hauptkasse 1750,40 Mk.; an Unterstützungen wurden ausbezahlt für Arbeitslohn 360,20 Mk., für Kranke 158,25 Mk. und für Kriegsunterstützung 30 Mk.; an die Hauptkasse wurden abgedandt 1265,94 Mk. Die Einnahmen der Ordstaffe mit dem Kassenbestand von 343,11 Mk. betragen 807,37 Mk., die Ausgaben 249,15 Mk., somit beträgt der Kassenbestand am 31. Dezember 1915 558,22 Mk., ein Mehr von 215,11 Mk. gegenüber dem Vorjahre. Die Beitragsleistung betrug im ersten Quartal 11,2 Beiträge, im zweiten Quartal 12,4 Beiträge, im dritten Quartal 12 und im vierten Quartal 13,2 Beiträge pro Mitglied. Die Finanzlage der Zahlstelle kann somit als günstig bezeichnet werden. Bei der Mitgliederbewegung hat auch der unglückliche Krieg seine Folgen gezeigt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. August 1914 130, am 31. Dezember 1915 80, somit ein Rückgang von 50, davon sind 13 eingetretet, zwei gestorben und einer auf dem Schlachtfelde gefallen. Von Neuwahlen der Verwaltung wurde Abstand genommen und die vorgenommene Ergänzungswahl ergab als Rezipienten die Kollegin Dallinger und den Kollegen Blon und als Beisitzerin die Kollegin Hascher. Sodann referierte Magistratsrat Genosse Inhofer über die Lebensmittelversorgung und über die städtische Erwerbslosenunterstützung. Unter Punkt „Verschiedenes“ eruchte Kollege Barth noch um regere Abnahme der freiwilligen Kriegsteuermarken und weist auch zugleich auf ein diesbezügliches Rundschreiben des Hauptverbandes hin, wonach die Krankenunterstützung wieder eingestellt werden müßte, wenn die Kollegenschaft diese freiwillige Kriegsteuer nicht weiter leistet. Mit dem Wunsch, daß recht bald der längst ersehnte Frieden einkehren möge und daß unsere Kollegenschaft noch weiter so einmütig zusammenhält wie bisher, damit wir dann wieder in der Lage sind, unsere Organisation noch weiter auszubauen und unseren Mitgliederbestand wieder auszumachen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Hannover. Bericht von der Generalversammlung am 25. Januar 1916. Die am Dienstag, den 25. Januar, stattgefundene Generalversammlung war nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende zunächst der im verfloffenen Jahre verstorbenen Mitglieder, des Kollegen Wenderoth sowie der Frauen der Mitglieder Wiegand und Trümper. Außerdem seien auf dem Felde der Ehre folgenden Kollegen gefallen: Schmulh, Reinhardt, Lattmann, Pennedorf und Keilholz. Das Andenken dieser Verstorbenen und Gefallenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab Kollege Sparhül die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Dieselbe ergab inkl. Kassenbestand vom 1. Oktober 1915 eine Einnahme von 2674,15 Mk., der eine Ausgabe von 1695,55 Mk. gegenüberstand, so daß am 1. Januar 1916 ein Kassenbestand von 978,61 Mk. in der Vorkasse vorhanden war. Arbeitslos waren: ein männliches Mitglied 6 Tage und sechs weibliche 132 Tage, zusammen sieben Mitglieder 138 Tage. Krank waren drei männliche Mitglieder 35 Tage und elf weibliche 274 Tage, zusammen 14 Mitglieder 309 Tage. Kollege Wambacher als Revisor bestätigte, alles in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was auch geschah. Zum

zweiten Punkt, Jahres- und Rassenbericht, verweilte Kollege Spatuhl nochmals auf den ersehnten Bericht in der „Solidarität“ vom 22. Januar und führte weiter aus: Wenn wir auf unserer vorigen Generalversammlung infolge des Kriegsausbruchs und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit ein trauriges Bild schildern mußten, so wollen wir heute, nachdem wir nun über ein volles Kriegsjahr berichten können, zugeben, daß auch dieses Jahr noch ein schweres war, auch wohl an eine bessere Zeit vor Beendigung des Krieges nicht gedacht werden kann. Daß aber dieser Zeitpunkt bald kommen möge, soll unser aller Wunsch sein. Wenn auch die Arbeitslosigkeit im verfloffenen Jahre fast ganz nachließ und allenthalben wieder vollgearbeitet wurde, so hatte doch die Kollegenchaft unter den enormen Preiserhöhungen aller Lebensmittel schwer zu leiden. Aus diesem Grunde machten sich auch die Gesuche um Teuerungszulagen notwendig, die ja auch zum Teil von Erfolg begleitet waren. Aber auch auf einer anderen Seite stand die Ortsverwaltung vor einer schweren Aufgabe. Diese betraf die Erhaltung der Sterbefälle. Hier hat die Einigkeit im Vorstande und das Vertrauen der Mitglieder zu demselben etwas geschafft, was ohne weiteres in dieser schweren Zeit eine Errungenschaft bedeutet und auch von unseren aus dem Felde heimkehrenden Kollegen als eine gute Tat anerkannt werden wird. Ein weiterer Beschluß, der die obligatorische Einführung der Extramarken brachte, hatte den Vorteil, daß dadurch seit dem 10. April wieder Krankenernährung gegeben werden konnte. Daß dieser Beschluß gegenbringend gewirkt hat, beweist am besten die hohe Summe, welche seitdem wieder für diesen Zweck ausgegeben worden ist. Wenn wir nun auch zugeben müssen, daß im verfloffenen Jahre wegen des Burgfriedens nur wenige Lohnerhöhungen erreicht werden konnten und unsere Mitglieder auch die obligatorische Einführung der Extramarken schwer empfanden, so wollen wir hier feststellen, daß die Kollegenchaft, soweit sie dem Verbands Treue bewahrt, hiermit beweisen hat, daß sie dem Vorstande und dem Verbande volles Vertrauen schenkt. Das gibt uns die Kraft, auch den kommenden Stürmen zu trotzen. Wegen entstandener Differenzen wurde in zwei Fällen mündlich und in einem Falle schriftlich verhandelt, und zwar mit gutem Erfolge. Sitzungen fanden 20 und Versammlungen 10 statt, außerdem ein Lichtbildvortrag: „Ueber Wilder im Kriege.“ Referenten waren Kollege Spatuhl und Genosse Wefen. An Korrespondenzen gingen ein: 132 Briefe, 350 Karten, 44 Drucksachen, 53 Pakete und zehn Postanweisungen, in Summa 589. Aus gingen in derselben Zeit: 388 Briefe, 123 Karten, 1437 Drucksachen, 138 Pakete und zehn Postanweisungen, in Summa 2096. Dazu kommen noch die Laufzettel, Mitteilungen und die Zeitungen. An Konferenzen und im Gau war Kollege Spatuhl fünfmal tätig. An Vergnügungen konnte im vorigen Jahre nicht gedacht werden. Trotzdem fand ein Lichtbildvortrag, wie schon eingangs vermerkt, ein gemütlicher Abend an Stelle unseres Stiftungsfestes sowie einige Ausflüge statt. An Marken wurden im Jahre 1915 umgesetzt: 7 Eintrittsmarken, 9227 Vertragsmarken und 6463 Extramarken. Die Jahresrechnung und -ausgabe betrug für die Hauptkassa 5617,90 M., hiervon konnten 1244,02 Mark an die Hauptkasse gesandt werden. Für Arbeitslose wurden 274,30 M., für Kranke 406,60 Mark und für Kriegerfrauen 230,— M. ausgegeben. Die Jahresrechnung der Ortskasse betrug inf. Kassenbestand vom 1. Januar 1915 2398,04 Mark, die Ausgabe 1419,43 M., so daß am 1. Januar 1916 ein Kassenbestand von 978,61 M. verbleibt. Für Liebesgaben an die Kollegen im Felde und deren Frauen wurden 248,25 M. aufgewandt. Arbeitslos waren im vorigen Jahre 16 männliche Mitglieder 186 Tage und 42 weibliche 840 Tage, zusammen 58 Mitglieder 1026 Tage. Kranf waren im vorigen Jahre 33 männliche Mitglieder 921 Tage und 54 weibliche 1368 Tage, zusammen 87 Mitglieder 2289 Tage. Der Mitgliederbestand beträgt am Schlusse des Jahres 171 Mitglieder. Am Schlusse seiner Ausführungen dankte Kollege Spatuhl allen Vorstandskollegen für ihre Mitarbeit und drückte den Wunsch aus, daß es auch in diesem Jahre so sein möge. Zum dritten Punkt, Neuwahl der Ortsverwaltung, wurde, da sich kein Widerspruch erhob, der alte Vorstand wieder- und die Kollegen Feusel als Revisorin neu gewählt. Ebenso wurden die Delegierten zum Gewerkschaftstakt wieder bestätigt. Der vierte Punkt, Beratung eines Antrages zur Sterbefälle, wurde zurückgestellt. Im Verschidenen richtete Kollege Wambacher in längerer Ausführungen einen ersten Appell an die Kollegenchaft, indem er ihnen die wahre Lage der Arbeiter

schilderte und vor Augen führte, was nach Beendigung des Krieges für die Arbeiterschaft auf dem Spiele stehe und forderte daher die Mitglieder auf, mehr als bisher für die Auffrischung der Unorganisierten zu sorgen, dann würde auch der Erfolg ein besserer werden. Nachdem noch Kollege Spatuhl diese Ausführungen unterstrich und noch ergänzte, sowie einige an den Vorstand gerichtete Fragen beantwortet hatte, wurde die Generalversammlung vom Kollegen Gremmel geschlossen.

Rundschau.

Zum Ablaufe der Tarifverträge im deutschen Buchbindergewerbe. Wie in andern Gewerben, so läuft auch im Buchbindergewerbe in diesem Jahr eine große Zahl von Tarifverträgen ab. Mit dieser Tatsache hat sich bereits im Juni vorigen Jahres eine Gauborsteherkonferenz und neuerdings nochmals der Vorstand des Buchbinderverbandes beschäftigt, nachdem er durch eine Umfrage die Meinung der Gauborstände und der Vorstände der großen Zahlstellen feststellte. Am 30. Juni läuft auch der Dreifüßdiaritar für Berlin, Leipzig und Stuttgart ab, unter dessen Bedingungen rund 12000 Personen arbeiten. Er lief fünf Jahr und verlängerte sich ohne weiteres um ein Jahr, wenn er nicht drei Monate vorher von einem der Vertragschließenden — dem Deutschen Buchbinderverband oder dem Verbands Deutscher Buchbinderbesitzer — gekündigt wird. Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat nun beschlossen, eine Verlängerung des Dreifüßdiaritaris um ein Jahr unter den folgenden Bedingungen zu beantragen: 1. Die Zeitsöhne werden für die männlichen Arbeiter um 15 Proz. und für die weiblichen Arbeiter um 20 Proz. erhöht; 2. sämtliche Stücklöhne werden um 15 Proz. erhöht; 3. für Arbeiten (an neuen Maschinen usw.), die im Tarife noch nicht vorgesehen sind, an denen aber auf Stück gearbeitet wird oder für die Stidarbeit geeignet gehalten wird, sind Stücklöhne festzusetzen. Von einer Erneuerung des Tarifs in der bisher üblichen Dauer von fünf Jahren wurde Abstand genommen, weil dann die Unternehmer wahrscheinlich bei der Festlegung der Löhne den normalen Zustand vor dem Kriege wieder zugrunde legen wollen, während bei der Beschränkung auf die Zeit des Krieges und der eventuell anschließenden Friedenszeit eher auf ein entsprechendes Entgeltentommen der Unternehmer aus Rücksicht auf die abnormen Verhältnisse gerechnet wird. Ein weiterer Grund lag in der Abwesenheit des größten Teil der männlichen Mitglieder infolge der Einberufung zum Heeresdienste, denen man die Mitarbeit an einem Vertrage nicht entziehen wollte, unter dem sie gegebenenfalls jahrelang zu arbeiten haben. In seinem Schreiben an den Unternehmerverband betonte der Vorstand des Buchbinderverbandes, daß es freilich im Interesse beider Parteien läge, den Burgfrieden aufrecht zu erhalten, daß dieser aber nimmermehr so aufrecht zu werden dürfe, als ob die Arbeiterschaft die große Teuerung gedulda über sich ergehen lassen müsse, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie durch Lohnerhöhungen einigermaßen zu mildern.

Rundgebung des Vereins deutscher Zeitungsverleger zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Zeitungen. Nach Mitteilungen der Tagespresse beschäftigte sich eine von mehr als 300 Mitglidern aus allen Teilen Deutschlands besuchte außerordentliche Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger am 23. d. M. eingehend mit der überaus ernsten Lage der deutschen Zeitungen. Im Vordergrund der Erörterung stand die Papierfrage. Es wurden folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Um die bereits eingetretene Schwirrigkeiten bei der Beschaffung von Zeitungsdruckpapier nicht zu einer Papiernot auszuarten lassen, beauftragt die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger den Vorstand, unverzüglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, im Einvernehmen mit dem Vorstande des Vereins deutscher Zeitungsverleger und nach dessen Vorschlägen auf dem Verordnungswege eine zweckentsprechende Einschränkung des Verbrauches von Zeitungsdruckpapier während der Kriegsdauer herbeizuführen. 2. Die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger beauftragt den Vorstand, den Herrn Reichskanzler zu bitten, gemeinsame Verhandlungen zwischen den deutschen Zeitungsdruckpapierfabrikanten und den deutschen Zeitungsverlegern unter Leitung der zuständigen Regierungstelle zu veranlassen, um für die Zukunft Verkaufsbereite für Zeitungsdruck-

papier festzusetzen, die ein ungestörtes Forterscheinen der deutschen Zeitungen ermöglichen. Gleichzeitig beauftragt die außerordentliche Hauptversammlung den Vorstand, die Bestrebungen der deutschen Druckpapierfabriken zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit allem Nachdruck zu unterstützen. 3. In der Öffentlichkeit, selbst bei einer großen Anzahl von Behörden, ist die irrtümliche Auffassung verbreitet, daß die Zeitungsverleger durch die bei einzelnen Blättern während des Krieges eingetretene Steigerung der Auflage mehr oder weniger hohe Gewinnschätze erzielte hätten. Es wird ganz übersehen, daß die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft, die das finanzielle Rückat jeder deutschen Zeitung bilden, ausnahmslos stark, ja in vielen Fällen um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. Dabei sind die Ausgaben für die Herstellung der Zeitungen, insbesondere des redaktionellen Teiles, außerordentlich gestiegen, so daß sich das Zeitungsgewerbe durchweg in einer Notlage befindet. Eine ganze Anzahl von Zeitungen ist daher seit Ausbruch des Krieges zum Erliegen gekommen und hat das Erscheinen eingestellt.

Kauft keine Knochen! Sogenanntes Knochenfleisch wird jetzt zum Preise von 25 Pf. pro Pfund, 45 Pf. pro zwei Pfund in vielen Berliner Fleischläden angeboten, und leider von vielen armen Frauen gekauft, die es für einen preiswerten Ersatz des ihnen unerschwinglichen Fleisches halten. Gegen diesen Irrtum kann nicht eindringlich genug Stellung genommen werden, denn er bedeutet eine zwecklose Vergeudung knappster Mittel bei den Allerärmsten, die jeden Groschen für wirkliche Nährwerte bitter nötig haben. Schon der Name ist eine Irreführung, die die Behörden nicht gestatten sollten. Nicht Knochenfleisch, sondern Fleischknochen müßte es heißen, denn tatsächlich sind es nur Knochen mit kleinen Spuren von Fleisch, die beim Kochen zu fast nichts zusammenschrumpfen und für die Ernährung wertlos sind. Aber die Brühe ist es, die diesen armen Frauen etwas Wertvolles erschein, und der sie stärkende und nährnde Eigenschaften zuschreiben. Auch dieser Irrtum muß gründlich zerstört werden. Die beste Fleischbrühe vom teuersten Fleisch ist kein Nahrungsmittel, sondern nur eine die Nerven und den Appetit anregende Flüssigkeit, ähnlich wie Kaffee, Tee und Alkohol. Der Nährstoff des Fleisches, das Eiweiß, gerinnt beim Kochen und bleibt daher im Fleische zurück. Nur die wenigen Schaumfäden, die aus der Brühe des schlechten Aussehens halber noch entfernt werden, bestehen aus dem Eiweiß der äußeren Fleischflächen. Nährhaft wird Fleischbrühe erst durch mehlfaltige Stoffe, die man ihr zufügt. Bei fettem Fleisch kommt noch einiges ausgelochtes Fett als Nährwert der Brühe in Betracht. Diese Tatsachen über den Unwert der Fleischbrühe als Nahrungsmittel und Stärkungsmittel hat Prof. Birchow schon vor Jahrzehnten klargemacht. Aber der Glaube an ihren Wert hat sich im Volke noch bis heute erhalten, und ihm opfern jetzt Tausende unerfahrene Hausfrauen kostbare Groschen, für die sie wirkliche Nahrung kaufen müßten, die den Hunger ihrer Kinder stillen könnte. Das kann die Knochenbrühe nicht tun, wenn auch etwas Fett darauf schwimmt. Angenommen, solche Brühe von 1 Pfund Knochen zu 25 Pf. enthalte 50 Gramm Fett — das ist sicher sehr hoch gerechnet —, so ist das Pfund Fett darin mit 2,50 Mark bezahlt, also wie jetzt beste Butter. Für 25 Pf. kann man aber noch jetzt kaufen: über ein Pfund Kriegerbrot oder acht Schrippen, ½ Pfund Graupen, ½ Pfund Kubeln, ½ Pfund Grieß, ½ Pfund Hirse, fast ein Pfund Wehl, zwei bis vier Pfund frisches Gemüse, ein bis zwei Pfund Äpfel und noch manches andere.

Mit diesen Mitteln lassen sich reichliche nahrhafte und wohlschmeckende Gerichte herstellen, auch Suppen mit Fleischgeschmack, die man mit reichlich Suppengrün oder Gemüseeinlage und etwas Suppenwürze zubereitet. Geld für Knochen auszugeben, ist die unwirtschaftlichste Verwendung knapper Mittel, und alle Hausfrauenberatungsstellen haben die Pflicht, darüber aufzuklären, damit eine weitverbreitete Beeinträchtigung der wirklichen Ernährung verhindert werde. Der jetzige Preis der Fleischknochen, die zu Beginn des Krieges mit 15 Pf. das Pfund, drei Pfund für 50 Pf. verkauft wurden, sei im Interesse der bedürftigen Volkstriebe der Beachtung der Preisprüfungsstellen empfohlen. Am besten wäre es, der Verkauf von Knochen allein an Arme könnte ganz unterjagt werden, denn er bedeutet eine Ausnutzung der Notlage und Unerfahrenheit vieler Hausfrauen.

Marq. Ehrlich,
städtische Armenpflegerin (Berlin).